

Anzeigen rechtsextremer Straftaten 2025 zugenommen

2026-03-01 08:22

2025 hat es laut Innenministerium 1.986 Anzeigen wegen rechtsextremistischer, fremdenfeindlicher beziehungsweise rassistischer, islamfeindlicher oder antisemitischer Tathandlungen gegeben. Die Zahl nahm in den vergangenen Jahren deutlich zu, 2022 waren es noch knapp 1.000.

1.701 Anzeigen betrafen explizit rechtsextreme Vorfälle, das zeigt die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der SPÖ durch Innenminister Gerhard Karner (ÖVP). Dazu kamen 127 Tathandlungen mit rassistischem Hintergrund, 93 waren laut Statistik antisemitisch motiviert, 16 islamophob.

Am meisten in Wien

Die explizit rechtsextremen Straftaten spielten sich mit 28 Prozent nur zu einem vergleichsweise geringen Teil im Internet ab, bei den rassistisch motivierten Taten waren es über die Hälfte und bei den antisemitischen fast drei Viertel.

Die meisten Anzeigen gab es in Wien (485), gefolgt von Oberösterreich (350), Niederösterreich (298), Salzburg (160), Vorarlberg (147), der Steiermark (146), Kärnten (126), Tirol (113) und dem Burgenland (43). 118 Fälle waren keinem Bundesland zuordenbar.

Weniger Jugendliche angezeigt

Insgesamt wurden 2025 über 1.500 Personen wegen rechtsextremer Straftaten angezeigt, das ist um über ein Drittel mehr als im Jahr davor. Über 90 Prozent der Angezeigten waren männlich, 81 Prozent österreichische Staatsbürger. Der Anteil Jugendlicher unter den Angezeigten ging zuletzt zurück: 2025 waren es 16, 2024 25 Prozent.

SPÖ: „Nicht an steigende Zahlen gewöhnen“

Sabine Schatz, die als SPÖ-Sprecherin für Erinnerungskultur seit Jahren regelmäßig die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten im Innenministerium abfragt, zeigte sich von der Entwicklung alarmiert. „Wir dürfen uns nicht an steigende Zahlen gewöhnen“, sagte sie und forderte „eine Politik, die hinschaut und handelt“.

FPÖ: „Manipulative Zahlenspielerei“

FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker sprach hingegen von „manipulativer Zahlenspielerei“ der

Bundesregierung, um ihren Aktionsplan zu unterfüttern. Die einschlägigen Anzeigen hätten zwar in den vergangenen Jahren zugenommen, die Verurteilungen seien aber gleichzeitig auf zuletzt sechs Prozent der Anzeigen im Jahr 2024 zurückgegangen.